

AKTUELL

AGRARPRODUKTE

Leeres Label

Raymond Klein

Per Gesetz wird ein neues Label eingeführt, das die regionale und nachhaltige Produktion fördern soll. Ein Überblick über Werdegang und Kritik.

Es war einmal ein Minister, der hatte ein Projekt. Der Minister hieß Fernand Etgen, sein Projet de loi war der Zertifizierung von landwirtschaftlichen Produkten gewidmet. Die Idee wurde von allen Seiten gelobt, das konkrete Projekt dagegen von allen Seiten kritisiert. Fünf Jahre, zwei Minister und Dutzende von parlamentarischen Dokumenten später ist das Projekt endlich umgesetzt. Sein Werdegang scheint vergessen, dass es jetzt kritisiert wird, mag normal erscheinen. Berücksichtigt man aber die erste Fassung von 2017 und das Ziel, die Nachhaltigkeit bei Produktion und Konsum zu fördern, so ist das Projekt durch die Konsultationen, Änderungen und Ergänzungen nicht etwa besser, sondern wesentlich schlechter geworden.



„Statt einer bewussten Förderung einer qualitativ hochwertigen regionalen Lebensmittelproduktion - eine Moglepackung!“, schimpfen Mouvement écologique und Landjugend in einer gemeinsamen Stellungnahme von Dienstag, als über das Gesetz abgestimmt wurde. Die NGOs halten zwar fest, „dass eine neue Gesetzgebung, die die lokale Produktion und Produkte regelt, fördert und gesetzlich verankert, absolut sinnvoll ist“. Doch bei der Umsetzung habe man die Chance vertan, „Akzente im Sinne einer zukunftsorientierten Landwirtschaft, der Förderung der Regionalität und Qualitätsprodukten sowie der Umwelt, dem Klima- und dem Gesundheitsschutz zu setzen und einen realen Mehrwert für den Verbraucher zu schaffen“.

In der Tat, das Label „Staatlich zugelassen“ werden künftig alle Produkte tragen können, die nationale und europäische Mindeststandards einhalten und das überprüfen lassen. Als Qualitätssysteme werden Produk-

tionsprozesse eingestuft, die zusätzlich eine Reihe von Kriterien erfüllen - in jedem der drei Bereiche Qualität und Geschmack, Regionalität und Solidarität sowie Umwelt und Tierwohl. Diese drei „Qualitätssäulen“ sind ein Überbleibsel des Etgen-Projekts, aktuell ist Claude Haagen Landwirtschaftsminister, doch es war sein Vorgänger Romain Schneider, der 2020 die erste Fassung des jetzt angenommenen Gesetzes vorlegte (woxx.eu/label). Als obligatorisch für Qualitätsprodukte gelten der Verzicht auf Glyphosat sowie der regionale Ursprung. Weil die „Region“ mit einem Radius von 250 Kilometern definiert wurde, sprach Jeff Engelen (ADR) in der Chamber von „Irreführung des Konsumenten“ und der Mouvement befürchtet gar, „dass ein Produzent aus irgendeinem europäischen Land diese Auszeichnung ‚Luxembourg - agréé par l'Etat‘ erhält“. Der nationalistische Beigeschmack solcher Kritik ändert nichts an ihrer Richtigkeit: 250 Kilometer mögen, gemessen an der globalisierten Landwirtschaft, für „kurze Wege“ stehen, als regional kann man eine Fläche größer als sechsmal Belgien sicher nicht bezeichnen.

Einfach, aber unsinnig?

Dass solche Qualitätssysteme auch nur das Standardlabel erhalten, mag befremden - ursprünglich war ein dreidimensionales Bewertungssystem mit Sternchen geplant. Im Prinzip ist das „Staatlich zugelassen“-Logo als Zusatzlabel zu einem spezifischen Label wie „Bio Lëtzebuerg“ oder „Véi vum Séi“ gedacht. Doch ob das zusätzliche Logo den Verbraucher*innen wirklich hilft, „regionale hochwertige Lebensmittel dank Label auf einen Blick“ zu erkennen, wie es der Mouvement fordert, ist fraglich. Das Abrufen von Detailinformationen über einen QR-Code zu ermöglichen, wie ursprünglich vorgesehen, ist jedenfalls nicht gesetzlich vorgeschrieben - Verwirrung statt Transparenz dürfte das Ergebnis sein.

Ist das so tragisch, wie es klingt? Nicht wirklich, denn angesichts der Ernährungskrise dürfte die Einführung neuer Bio- und Regionallabels so wieso verpuffen. Entscheidend für die Bewältigung von Klimawandel und Nahrungsmittelknappheit ist die Infragestellung des übermäßigen Fleischkonsums (woxx 1680) - und dazu hätte auch eine bessere Fassung dieses Labelgesetzes wenig beigetragen.

SHORT NEWS

Sondage : Place financière et droits humains

(lm) - L'Initiative pour un devoir de vigilance vient de présenter les résultats d'un sondage réalisé par TNS Ilres auprès de la population résidente à laquelle on a posé entre autres la question de savoir si elle était « d'avis que le cadre réglementaire au Luxembourg devrait responsabiliser le secteur financier afin d'empêcher le financement d'activités de sociétés dont les activités seraient liées à des violations des droits humains et des dommages environnementaux ». 86 % ont répondu oui à cette question (55 % tout à fait d'accord et 31 % plutôt d'accord). 75 % des sondés pensent même qu'une loi nationale contraignante à cet égard devrait être introduite avant les élections de 2023. Alors que les milieux financiers et leur ministre de tutelle n'émettent actuellement pas de signaux dans ce sens, une étude de l'association Finance and Human Rights réalisée en collaboration avec l'université de Genève pour le compte de Luxembourg for Finance (LFF) en 2020 avait établi que trois experts financiers sur quatre confirment que « le respect des droits humains ne doit pas être laissé aux seules initiatives volontaires et que les gouvernements doivent fixer des normes juridiques claires ». Pour appuyer cette revendication, l'initiative vient de lancer une action de sensibilisation envers le directeur général de LFF, Nicolas Mackel, sous forme de messages et de cartes postales à lui adresser. Plus d'infos sous woxx.eu/mackel

Frontex ohne Kopf

(tf) - Frontex-Chef Fabrice Leggeri ist Ende vergangener Woche von seinem Amt zurückgetreten. Der bisherige Leiter der EU-Grenzschutzagentur war wegen des Vorwurfs der Vertuschung sogenannter „pushbacks“, der illegalen Zurückweisung von Asylsuchenden an den EU-Außengrenzen, immer mehr unter Druck geraten. Die Umstände seines Abgangs sind einigermassen dubios. In einem Schreiben machte Leggeri für seinen Rücktritt angeblich heimlich vorgenommene Regeländerungen im Mandat von Frontex verantwortlich, das im Juni 2019 verlängert wurde. Damit spielte er offenbar selbst auf die Vorwürfe gegen ihn und seine Behörde an, denn eine Sprecherin der EU-Kommission dementierte, dass es eine Mandatsänderung „in diesem Sinne“ gegeben hat: „Die Aufgabe von Frontex war es schon immer, sowohl die EU-Grenzen zu schützen als auch die Grundwerte zu wahren“, so die Sprecherin. Leggeri will offenbar vermitteln, er habe nur getan, was man von ihm verlangt hatte. Auch Kritiker*innen von Frontex haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Behörde vorgeworfene Menschenrechtsverletzungen letztlich im Einklang mit den von der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten formulierten politischen Zielen stehen (siehe woxx 1616). Mit einem Wechsel an der Spitze von Frontex sei es daher nicht getan. Die Agentur hatte am Freitag vergangener Woche erstmals bestätigt, dass Leggeri auch als Person im Visier von Ermittlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung „Olaf“ steht. Laut Quellen des britischen „Guardian“ soll das Amt Disziplinarmaßnahmen gegen Leggeri und zwei weitere Frontex-Beamte gefordert haben.

CET: Rassismus, Backlash und kleine Schritte

(is) - Das Centre pour l'égalité de traitement (CET) legte am 3. Mai seinen Jahresbericht 2021 vor, der auch eine Momentaufnahme liefert, die sich unter anderem mit Angaben aus rezenten Publikationen zu Rassismus in Luxemburg deckt: Letztes Jahr wandten sich 203 Personen an das CET, in 60 Fällen war Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft das Motiv. Damit war Rassismus der häufigste Grund für die Kontaktaufnahme, gefolgt von Anliegen, die nicht in den Kompetenzbereich des CET fallen. 54 Prozent der Antragsteller*innen waren europäische Staatsangehörige. In 51 Prozent der Fälle konnte das CET vermitteln oder auf passende Anlaufstellen verweisen. Darüber hinaus stellte das CET eine Rückentwicklung bei den Stellenanzeigen fest: 2020 erklärte es 45 Ausschreibungen als diskriminierend, letztes Jahr waren es mit 82 beinahe doppelt so viele. Beide Jahre war das Motiv das Geschlecht. Intern vermerkt das CET dann noch einen Etappensieg, der lange auf sich warten ließ: Zwei Jahre nachdem die luxemburgische Abgeordnetenkammer angab, das CET stärken zu wollen, wird es nun ab Juli 2022 um eine Juristin ergänzt. (Noch) länger bestehende Forderungen des CET, wie etwa das Recht, Antragsteller*innen vor Gericht zu begleiten, werden weiter von den Abgeordneten ausgearbeitet.